Wir freuen uns aufrichtig über diesen Beschluß und können nicht umhin, den Abgeordneten Dr. Menger und Hallwich den Dank für ihren zeitgemäßen Antrag namens der fortschrittlichen Genossenschaften und Gewerbetreibenden auszudrücken.

Es wird nunmehr möglich sein, die Hilfsaction der Regierung auf einen größeren Kreis auszudehnen. Soll jedoch diese Hilfsaction den gewünschten Erfolg haben, so müssen auch die Kleingewerbetreibenden das nöthige Interesse bekunden und sich einzeln oder genossenschaftlich dieser Hilfe auch bedienen. Wir zweifeln nicht, daß, falls sich in den Kreisen der Kleingewerbetreibenden eine größere Theilnahme kundgibt und die Regierung mit dem geforderten Betrage das Auslangen nicht finden sollte, im nächsten Jahre ein noch größerer Betrag in das Budget eingestellt und bewilligt werden wird. Die erste Bedingung hierzu ist jedoch eine regere Antheilnahme der Gewerbetreibenden, denn nach dem Bedarf richten sich die Mittel.

[**Die Kleingewerbetreibenden und das Ratengesetz.**] Bekanntlich wird noch im Laufe der jetzigen Session des Parlaments der Gesetzentwurf betreffend die Veräußerung beweglicher Sachen gegen Ratenzahlung zur Erledigung gelangen. Die seitens des Justizausschusses erfolgte Ablehnung jener Bestrebungen kleingewerblicher Kreise, welche darauf abzielen, den Verkauf von Hilfsmaschinen, Motoren &c. gegen Ratenzahlungen aus dem Rahmen des geplanten Gesetzes zu eliminiren, hat in den gewerblichen Kreisen Wiens, namentlich unter den Schneidern und Schuhmachern, eine lebhafte Bewegung hervorgerufen. Gestern Abends fand in Profisch' Saallocalitäten auf der Hamberger-straße eine von den Schuhmachern W. Haidinger, Florian Fock, Josef Blaza, Johann Machaty, M. Mraz und F. Brand einberufene Versammlung statt, welche ausschließlich der Erörterung dieser Frage gewidmet war. Allseitig wurde betont, daß die übliche Erwerbung von Hilfsmaschinen für das Kleingewerbe geradezu behindert werden würde, wenn das neue Gesetz in der jetzt festgestellten Fassung in Wirksamkeit träte. Es sei eigenthümlich, daß dieselbe Regierung, welche die Erhöhung des staatlichen Credites für Anschaffung von Hilfsmaschinen für Kleingewerbetreibende gegen Ratenzahlungen auf 20.000 fl. beschlossen hat, gleichzeitig ein Gesetz schaffen wolle, welches den Verkauf kleingewerblicher Hilfsmaschinen und Motoren gegen Ratenzahlungen verhindert. Nach einer lebhaften Debatte, an welcher sich die Herren Kafka, Haidinger, Dwirdy, Mayer und Sochor betheiligten, gelangte einhellig eine Resolution zur Annahme, durch welche sich die Versammelten verpflichten, in Gemeinschaft mit den Gewerbetreibenden anderer Branchen dafür einzutreten, daß bei Berathung über das dem Reichsrathe vorliegende Gesetz betreffend die Veräußerung beweglicher Sachen gegen Ratenzahlung ein Amendement eingebracht werde, wonach Handwerkzeug, Kleinmotoren und Nähmaschinen von der Wirksamkeit dieses Gesetzes zu befreien sind. So wünschenswerth es sei, daß dem allgemein bekannten Unfuge des Ratenhandels mit Verbrauchsartikeln und Luxusgegenständen gesetzlich Einhalt gethan werde, ebenso bestimmt sei es mit der Unterbindung der einfachsten Existenzbedingungen einer ganzen Reihe von Gewerbebranchen gleichbedeutend, wenn der Bezug von Hilfsmaschinen und Werkzeugen noch mehr als jetzt erschwert würde. Durch eine Einbeziehung von Werkzeugen und Hilfsmaschinen in das geplante Gesetz würde dem Gewerbestande ein Schaden zugefügt, der weit größer ist als der Nutzen, der durch Beschränkung des Ratenhandels bei Verbrauchsgegenständen erwachsen kann. Es wurde beschlossen, die Abgeordneten Dr. Max Menger und Dr. Pattai um Einbringung dieses Amendements zu ersuchen, und ein siebzehngliederiges Actionscomité eingesetzt.

Gemeinde-Angelegenheiten.

Wiener Gemeinderath.

(Sitzung vom 7. Februar.)

Die Budgetdebatte wurde heute fortgesetzt. Es gab abermals aus der Gruppe der „Unzufriedenen" heraus kräftige Vorstöße gegen den Bürgermeister, und der Beifall, den sie fanden, läßt die tiefgehende Verstimmung gegen Dr. Prix erkennen. Es wird bei diesen Angriffen gewiß viel über das Ziel geschossen, aber der Herr Bürgermeister sollte doch, das rathen wir ihm in bester Absicht, mehr Entgegenkommen zeigen und die Gegensätze auszugleichen suchen, statt sie zu verschärfen.

Im Uebrigen ist eine Rede des Gemeinderaths Seiler bemerkenswerth, der sich über die Mißstände in unserem Markt- und Approvisionirungswesen ausließ und Vorschläge zur Abhilfe machte, die alle Beachtung verdienen. Wir haben vor etwa acht Monaten in einer Reihe von Artikeln auf ganz dieselben Schäden, die heute noch bestehen, hingewiesen; hoffentlich faßt man nun endlich einmal die Sache mit dem nöthigen Ernst an. Die Sorge für Fleisch und Brot ist, wie heute ein anderer Redner richtig bemerkte, mindestens so wichtig wie jene für Wasser.

Zu Beginn der Sitzung beantwortete der Bürgermeister eine kürzlich eingebrachte Interpellation über die Mandatsdauer der Stadträthe. Er sprach sich dafür aus, daß austretende und wiedergewählte Gemeinderäthe sich keiner Neuwahl in den Stadtrath zu unterziehen haben. Das wäre gewiß praktisch sehr gut, einestheils um die Jagd nach Stadtrathsmandaten seltener zu machen, andererseits um die Vertrautheit mit den Geschäften im Stadtrath zu fördern, aber die Auslegung der betreffenden Paragraphe des Statuts erscheint uns etwas — gezwungen. Es wird denn auch morgen schon die Einberufung einer Versammlung der Fortschrittspartei angeregt werden, um die Angelegenheit zu erörtern, da sie angesichts der bevorstehenden Wahlen sehr actuell ist.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Das sechsjährige Stadtrathsmandat.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Prix beantwortet die vom Gemeinderath Wimberger in der letzten Sitzung gestellte Interpellation betreffend die Frage, ob jene Mitglieder des Stadtrathes, deren Mandat für den Gemeinderath abläuft, gleichzeitig auch aus der erstgenannten Körperschaft ausscheiden und sich demnach auch für diese einer Neuwahl zu unterziehen haben oder nicht. Der Bürgermeister führt in seiner Beantwortung aus, daß in dieser Richtung die Bestimmungen des Statuts maßgebend seien. Dieses aber unterscheide, fährt der Bürgermeister fort, zwischen den zum Austritte bestimmten Mitgliedern und dem Ausscheiden der Mitglieder. Der § 21 der Wahlordnung bestimme, daß jeder Gewählte binnen acht Tagen nach dem Empfange der Verständigung erklären müsse, ob er die Wahl annehme oder nicht. Nehme er nicht an, so scheide er selbstverständlich aus dem Gemeinderathe. Nehme er die Wahl aber an, so könne von einem Ausscheiden nicht die Rede sein. (Lebhafter Widerspruch.) Er sei daher entschieden der Anschauung, daß, wenn jene Herren, welche Mitglieder des Stadtrathes seien, in den Gemeinderath wiedergewählt werden, eine neuerliche Wahl in den Stadtrath bezüglich derselben nicht nothwendig sei, sondern daß dieselben durch jene Zeit (sechs Jahre) im Stadtrathe zu verbleiben haben, für welche sie in denselben gewählt worden seien. Ebenso verhalte es sich bezüglich der Vicebürgermeisterwahl. (Widerspruch und große Unruhe.)

* * *

Stadtrath Schlechter beantragt, die Regierung zu ersuchen, dem Reichsrathe noch in seiner gegenwärtigen Session einen die Steuerfreiheit für Umbauten betreffenden Gesetzentwurf vorzulegen und gleichzeitig ein denselben Gegenstand betreffendes Landesgesetz zu erwirken. Der Stadtrath habe in längstens acht Tagen über diesen Gegenstand zu referiren. — Der Antrag wird dem Stadtrathe zugewiesen.

* * *

Der Voranschlag für 1893.

Nach Erledigung des Einlaufs wird die Generaldebatte über das Budget fortgesetzt.

Dr. Friedjung kommt auf die neulichen Ausführungen Dr. Brockisch' zu sprechen, denen er beipflichtet. Es sei gut, daß in öffentlicher Sitzung die bestehenden Gegensätze klargestellt wurden, damit man sehe, daß nicht kleinliche Rücksichten, sondern große Grundsätze die ganze fortschrittliche Partei zusammenhalten.

Redner kommt dann auf die Ziffern des Budgets, namentlich auf die Ausgaben für Wasserleitungszwecke zu sprechen und führt an, daß die Opposition selbst am 8. April 1892 zugestimmt habe, daß alle Ausgaben für die Versorgung der Vororte mit Wasser aus einem Anlehen zu decken seien. Es sei daher ganz unbegründet, wenn diese selbe Opposition in Versammlungen herumschreie, der Gemeinderath stehe vor einem Deficit von 5 Millionen, das er nicht zu decken vermöge.

Dr. Friedjung vergleicht dann die Ansätze des heurigen mit denen des vorjährigen Budgets und weist nach, daß die Budgets der Jahre 1891 und 1892 sehr vorsichtig abgefaßt waren, da sie statt der veranschlagten Deficite Ueberschüsse ergaben. Redner rügt es dann, daß viele in den Budgets vorgesehene Arbeiten nicht durchgeführt wurden.

Ferner untersucht dann Redner, wie sich die nächsten Budgets gestalten werden. Er kommt dabei auf die Schulausgaben zu sprechen und zeigt, daß alle alten Wiener Bezirke genügend mit Schulhäusern versehen seien, daß aber die meisten der neuen Bezirke in dieser Richtung weit zurückgeblieben seien. Man könne, schließt er, mit gutem Gewissen in die Berathung des Budgets eintreten.

Djörup findet, daß das Budget der Stadt Wien gegenüber jenem der Stadt Berlin viel zu hoch sei. Das lasse darauf schließen, daß gar Manches gespart werden könnte. Der Magistrat handhabe die Gesetze nicht ordentlich, sonst wäre man dem Bauschwindel längst auf den Leib gerückt. Die Arbeitseintheilung beim Stadtbauamt sei eine schlechte, und Manches könnte billiger gemacht werden. — Der Vorsitzende Dr. Prix ermahnt hier den Redner, bei der Sache zu bleiben und sich nicht in kleinlichen Dingen zu ergehen, worauf der Redner unter allgemeinem Gelächter sagt, er habe lauter solche Sachen zu besprechen. Da der Redner im weiteren Verlauf seiner Ausführungen nochmals vom Vorsitzenden unterbrochen wird, verzichtet er auf das Wort.

Gegen den Bürgermeister.

Dr. Rechansky bespricht die einzelnen Gruppen des Budgets. Das Schulbudget weise über 6 Millionen auf; es zeige dies, daß die Stadt Wien alles Mögliche für die Bildung der Jugend thue. Freilich wäre zu wünschen, daß die häusliche Erziehung das Uebrige thue, daß auch das Gemüth gebildet werde, denn ohne Gemüth sei die beste Bildung eine taube Nuß. Auf die Approvisionirungsfrage übergehend, führt Redner aus, daß es nicht genüge, blos für Wasser zu sorgen, man müsse auch für Fleisch und Brot sorgen. (Beifall.) Unser Approvisionirungswesen liege im Argen und bedürfe dringend einer Reform. Alle bisherigen Maßregeln haben nur dazu geführt, das Fleisch zu vertheuern.

Dr. Rechansky bespricht dann das neue Gemeindestatut und behauptet, daß durch dasselbe die Rechte des Gemeinderathes sehr beeinträchtigt wurden. Das neue Statut lasse dem Gemeinderath gar keine Initiative, und man müsse es gegenüber den Vorwürfen, die in der Bevölkerung gegen den Gemeinderath erhoben werden, sagen, daß der Gemeinderath gar nichts thun könne, so lange ihm der Stadtrath nicht einen Vorschlag mache. Er kämpfe nicht gegen die Paragraphe, sondern gegen den Geist, indem sie gehandhabt werden. Es entspreche nicht dem liberalen Princip, wenn man den motorischen Nerv der Gemeinde-Autonomie unterbinde. Wenn man dafür kämpfen dürfe, sich jene Rechte zu erhalten, die nothwendig seien, um das Mandat im Sinne der Wähler auszuüben — dann müsse man sagen, daß die schwerste Wunde, welche uns der Antisemitismus geschlagen habe, das Schwinden jenes alten liberalen Geistes sei, mit welchem unsere Väter den Absolutismus abgeschüttelt hätten. Auf irgendeine Weise müsse man aber zu einem Ziele kommen. Entweder ändere man das Statut, oder, wenn die Zeiten wirklich so schwere seien, daß man auf die Freiheit verzichten müsse, dann rufe man den Gemeinderath nur zusammen, um den Bürgermeister, seine Stellvertreter sowie den Stadtrath zu wählen und um das Budget zu bewilligen, lasse ihn aber im Uebrigen zu Hause. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Frauenberger ist mit den Ausführungen des Vorredners nicht ganz einverstanden. Was hier in diesem Saale gesagt werde, sobald es gegen den Bürgermeister gehe, das überschreite schon die Grenze des Zulässigen. (Oho!-Rufe.) Dr. Rechansky sei ja auch dagewesen, als das neue Statut angenommen wurde; warum hat er denn nicht protestirt? Es sei nicht richtig, daß der Gemeinderath gar nichts mehr zu sagen habe. Jeder Gemeinderath könne Anträge stellen (Gelächter); und es sei unrichtig, daß diese Anträge im Stadtrathe begraben werden. (Widerspruch.) Redner polemisirt dann gegen die ziffermäßigen Ausführungen Dr. Friedjung's. Redner bedauert das Fehlen eines großen Finanzplanes für die großen Arbeiten. Er selbst würde nicht vor einem Anlehen von 60, 70 Millionen zurückschrecken, wenn das Geld für productive Zwecke ausgegeben würde. Man solle es mit kleinen Losen versuchen, die so gerne gekauft werden.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede bespricht Frauenberger verschiedene communale Fragen, verlangt eine Regelung und Verbilligung des Beerdigungswesens, dann des Armenwesens, das nicht so weiter bestehen könne. In letzterer Beziehung sei eine Vermehrung der Armenräthe und die Heranziehung der Frauen zum Armendienste zu wünschen. Redner wendet sich dann dagegen, daß seitens einer Gruppe für alles Mögliche Commissionen verlangt werden; diese halte er für überflüssig, da ihm der Stadtrath genüge, der gewissenhaft Alles vorberathe. Er kenne die früheren Sectionen; da sei es wohl sehr gemüthlich zugegangen, aber an gründlicher Prüfung der Dinge habe es gefehlt. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen Dr. Brockisch'; der fortschrittliche Parteiverband theile dessen Anschauungen im Großen und Ganzen nicht. Alle diese Nörgeleien gegen den Bürgermeister seien angesichts der großen Aufgaben, die man zu erfüllen habe, nicht am Platze. Wir brauchen, schließt er, einen zielbewußten, energischen Bürgermeister, und es sei bedauerlich, daß man in der Bevölkerung gegen denselben Stimmung zu machen suche. Redner bespricht dann die bekannten Vorgänge im Hausherren-Verein; es sei zu bedauern, daß dort solche Hetzereien gegen den Bürgermeister vorgekommen seien.

Reform des Approvisionirungswesens.

Seiler bedauert, daß im Voranschlag gar keine Post enthalten sei, welche auf die Hebung des Gewerbes abziele; es geschehe auch nichts, um den Fremdenverkehr zu heben. Die antisemitische Hetzerei habe Wien enorm geschadet, und andere Städte ziehen daraus den Nutzen.

Redner bespricht dann in eingehender Weise das Approvisionirungs- und Marktwesen, das in schlechtem Zustande sei. Das lasse sich eben nicht vom grünen Tische aus leiten, dazu gehöre eine gewisse Geschäftspraxis. Die Marktcommissäre seien mit zu viel anderen Arbeiten überbürdet, um ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht werden zu können.

Auf die verschiedenen Märkte übergehend, verweist der Redner auf die noch immer stattfindenden Ueberfütterungen und den noch immer bestehenden Zwischenhandel auf dem Schlachtviehmarkte. Der Marktdirector sei zu schwach, um Ordnung zu schaffen. Der Zwischenhandel blühe ganz außerordentlich, weil man die vorkommenden Fälle nicht publicire.

Redner bespricht dann die Fleischtheuerung und die Enquête bei der Handelskammer zur Bekämpfung derselben. Vor Allem müsse die Grenzsperre gegen Rumänien aufgehoben werden. Dann seien die Transport- und anderen Spesen zu hoch. Auch die Beförderung sei zu langsam, und es sei Aufgabe der Commune, da auf Abhilfe zu dringen. Nothwendig sei es endlich, den Contumazmarkt auszubauen. Dringend geboten sei ferner die Errichtung eines Schiedsgerichtes, das man schon so lange anstrebe. Er verweist auf jüngst vorgekommene Fälle, wo bei Bevollmächtigten gekauft wurde und der geschädigte Käufer dann den Eigenthümer in Ungarn, Rumänien oder sonstwo suchen sollte. Das Schlachthaus müsse unbedingt vergrößert werden.

Was die Centralmarkthalle betreffe, so sei dieselbe in guter Absicht gegründet worden, aber sie werde zu bureaukratisch verwaltet, statt nach geschäftlichen Maximen. Die Einrichtungen dort seien geradezu zum Gespött geworden. Eine zweite große Markthalle sei unbedingt nothwendig, da der Eierhandel, der Fleischhandel, der Gemüsehandel, der Fischhandel centralisirt werden müssen, da letzterer vom Donaucanal weggverlegt werde.

Der Fleischmarkt sei heute viel zu klein; er müsse gründlich reorganisirt werden. Die Marktordnung werde schlecht gehandhabt. Die Marktcommissäre lernen zu wenig, sie sollten ins Ausland geschickt werden, um dort Erfahrungen zu machen. Die Preisnotirungen seien nicht nach Qualitäten richtig gesondert. Der Zwischenhandel vertheuere zudem das Fleisch. Der Markt sei durch Protectionswesen und ungenaue Handhabung der Marktordnung demoralisirt.

Schließlich kommt Redner noch auf die Specialität von Europa, den nächtlichen Gemüsemarkt am Hof, zu sprechen. Die Zustände dort, wo bei Unschlittkerzen gehandelt wird und Käufer und Verkäufer sowie die ganze Umgebung um die Nachtruhe gebracht werden, seien ein Scandal. Durch diese Zustände aber werden auch die Waaren bedeutend vertheuert. Auch da müsse durch den Bau einer neuen Centralmarkthalle abgeholfen werden. Redner stellt schließlich folgende Anträge:

„Es sei ein Curatorium für das Marktwesen einzusetzen. In dasselbe sollen Vertreter des Gemeinderathes, des Magistrats, des Stadtbauamtes und der Marktparteien entsendet und demselben insbesondere das Beschwerderecht sowie die sämmtlichen Gutachten in Bezug auf Organisation der Märkte und Markthallen zugewiesen werden; auch die Marktberichte wären durch das Curatorium zu erstatten. Weiters soll ein obligatorisches Schiedsgericht für alle Streitigkeiten aus dem Geschäftsverkehr auf dem Viehmarkte eingesetzt werden."

Die Debatte wurde sodann abgebrochen.

Der Hauptsammelcanal am Donaucanal.

Der Stadtrath beschäftigte sich heute abermals mit einem Stücke jenes Complexes von Arbeiten, die man unter den nicht recht passenden Sammelnamen „Wiener Verkehrsanlagen" zusammengefaßt hat.

Stadtrath v. Goldschmidt referirte nämlich über das vom Stadtbauamte ausgearbeitete Detailproject für die Herstellung eines Hauptsammelcanals am Linken Ufer des Donaucanals von der Scholzgasse bis zur Staatsbahnbrücke. Redner bemerkt, daß das Gesammtproject für die Sammelcanäle auf beiden Ufern des Donaucanals laut Arbeitsprogramm für die Wiener Verkehrsanlagen mit 9,172.000 fl. veranschlagt ist, zu welcher Summe die Gemeinde Wien 90 Percent, Staat und Land je 5 Percent beizutragen haben.

Die Canalanlage ist so gedacht, daß sämmtliche Unrathscanäle in den Sammler einmünden und dieser den Unrath — seinerzeit bis in die große Donau — vorläufig jedoch nur bis außerhalb der dichtbewohnten Bezirkstheile, das ist bis zur Staatsbahnbrücke im 11. Bezirke weiter führt. Der Sammelcanal ist auf 90·5 Liter Abwasser per Kopf berechnet, wobei die gänzliche Verbauung des verbaubaren Grundes vorausgesetzt wird. Gleichzeitig finden aber auch die Niederschlagswässer selbst des stärksten Wolkenbruches regelrechten Ablauf. Sechs Nothausläufe und eine größere Anzahl von Ventilations- und Reinigungsschächten sollen angebracht, der Canal selbst soll im stromaufwärts befindlichen Theile aus Beton mit Klinkersohle, im unteren Theile aus Ziegelmauerwerk hergestellt werden. Die Länge der nach dem Projecte herzustellenden Theilstrecke beträgt 6900 Meter und dürften sich die Kosten auf rund eine Million Gulden belaufen.

Der Referent beantragt, dem Bauamtsprojecte zuzustimmen und dasselbe der Commission für die Verkehrsanlagen mit der Erklärung vorzulegen, daß die Gemeinde Wien bereit sei, die Ausführung dieser Arbeit auf Rechnung des Verkehrsanlagenfonds zu übernehmen. Die Verkehrs-Commission wäre zu ersuchen, nach Genehmigung des Projectes sofort das wasserrechtliche Verfahren einzuleiten, damit die Ausführung ohne Verzug ins Werk gesetzt werden kann.

Nach eingehender Debatte, an welcher sich auch Bürgermeister Dr. Prix und Stadtbaudirector Berger betheiligten, wurden die Referentenanträge genehmigt.

Theater, Kunst und Literatur.

Ludwig Fulda und das Burgtheater.

Schnell fertig ist Herr Ludwig Fulda mit dem Boycott. Das Burgtheater läßt sich von ihm nicht als Leitomischl und Pasewalk behandeln — flugs ruft er gleich alle deutschen Autoren zur Verschwörung. Ich habe die Frechheit, Wien und das Recht gegen den zudringlichen Berliner zu vertheidigen — flugs schickt er mir seine bombastischen Pro-